

Stand: 23.04.2024 03:31:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29507

"Berufsgenossenschaftliche Kliniken als Anbieter von Spitzenmedizin erhalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29507 vom 21.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29579 vom 22.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 148 vom 22.06.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Berufsgenossenschaftliche Kliniken als Anbieter von Spitzenmedizin erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bei den Überlegungen für eine Krankenhausreform die Wertigkeit der berufsgenossenschaftlichen (BG) Kliniken entsprechend ihrer hochspezialisierten und qualifizierten Leistungen hinsichtlich der Akutversorgung auch schwerstverletzter Patientinnen und Patienten der Gesetzlichen Krankenversicherung angemessen abgebildet wird. Insbesondere muss die Vergütung der Vorhaltekosten der BG-Kliniken ihrem weiten Leistungsspektrum entsprechend erfolgen.

Begründung:

Die BG-Kliniken waren bislang nicht Gegenstand der aktuellen Pläne des Bundesgesundheitsministeriums für eine Krankenhausreform, obwohl sie durch die Akutversorgung auch schwerverletzter gesetzlich krankenversicherter Patienten eine wichtige Aufgabe im Gesundheitssystem übernehmen. Auch wenn sie lediglich 0,5 Prozent der Krankenhäuser in Deutschland ausmachen, so bieten sie in ihrem Leistungssegment medizinische Versorgung auf höchstem Niveau. Dieser Wertigkeit entsprechend müssen sie auch in der gegenwärtigen Krankenhausreform entsprechend berücksichtigt werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/29507

Berufsgenossenschaftliche Kliniken als Anbieter von Spitzenmedizin erhalten

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bei den Überlegungen für eine Krankenhausreform die Wertigkeit der berufsgenossenschaftlichen (BG) Kliniken entsprechend ihrer hochspezialisierten und qualifizierten Leistungen hinsichtlich der Akutversorgung auch schwerstverletzter Patientinnen und Patienten der Gesetzlichen Krankenversicherung angemessen abgebildet wird. Insbesondere muss die Vergütung der Vorhaltekosten der BG-Kliniken ihrem weiten Leistungsspektrum entsprechend erfolgen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Susann Enders

Abg. Christina Haubrich

Abg. Harald Kühn

Abg. Roland Magerl

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,
Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufsgenossenschaftliche Kliniken als Anbieter von Spitzenmedizin erhalten
(Drs. 18/29507)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte, Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit den 1990er-Jahren gibt es eine Gesundheitssparreform nach der anderen – im ambulanten Bereich, im stationären Bereich, in allen medizinischen Bereichen und vor allem mit Auswirkungen auf alle Bürgerinnen und Bürger. Zu wenig Ärzte, zu wenig Pflegepersonal, immer weniger Kliniken. Auf die Schließung weiterer Klinikstandorte wird von Berlin aus regelrecht hingearbeitet. Dieser katastrophalen Entwicklung setzt die Lauterbach'sche Krankenhausreform jetzt aktuell die Krone auf. Er ist der Totengräber unserer Krankenhäuser. Ich kann es nicht oft genug wiederholen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bestes Beispiel aus der aktuell geplanten Krankenhausreform sind die berufsgenossenschaftlichen Kliniken. In den aktuellen Reformplänen sind sie einfach vergessen, bisher nicht existent. Das sind aber Kliniken mit höchster Spezialisierung in Ausstattung, Fachlichkeit, Personal und technischer Vorhaltung. Ich sage nur ein paar Beispiele: Querschnittszentren, Intensivmedizin, ECMO, Brandverletzententren, Kindertraumata, Mikrochirurgie, Neuro- und Hirnchirurgie.

Meine Damen und Herren, diese Kliniken wurden einfach vergessen. Dabei ist dort, in diesen Kliniken, alles unter einem Dach. Wir brauchen diese berufsgenossenschaftlichen Kliniken für die spezialisierte Behandlung von schwerstverletzten Patientinnen

und Patienten. Oftmals sind diese berufsgenossenschaftlichen Kliniken sogar Rückfallebene – ich betone: Rückfallebene – für die Universitätsklinika, wenn diese an ihre medizinischen Grenzen gekommen sind. BG-Kliniken erbringen die Leistungen eines Maximalversorgers, also müssen sie auch dementsprechend finanziert werden. Von Lauterbach werden diese – ich sage einmal – Kraftwerke der Medizin aber in seiner aktuellen Reform einfach ignoriert.

Wir FREIEN WÄHLER schicken mit unserem Antrag "Berufsgenossenschaftliche Kliniken als Anbieter von Spitzenmedizin erhalten" die Staatsregierung auf den Weg, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bei der Krankenhausreform die Wertigkeit der berufsgenossenschaftlichen Kliniken entsprechend ihrer hoch spezialisierten und qualifizierten Leistungen hinsichtlich der Akutversorgung auch schwerstverletzter Patientinnen und Patienten der gesetzlichen Krankenversicherung angemessen abgebildet wird. Insbesondere muss die Vergütung der Vorhaltekosten dieser berufsgenossenschaftlichen Kliniken ihrem weiten Leistungsspektrum entsprechend erfolgen, einem Leistungsspektrum, welches einem Maximalversorger entspricht. Das muss auch genauso finanziert werden.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Kollegin Christina Haubrich. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Schon wieder ein Antrag mit Forderungen an Berlin, letzte Woche von der CSU und zur Abwechslung diese Woche von den FREIEN WÄHLERN. Mal wieder bringt die Regierungskoalition ein Bundesthema ein. Mal wieder schimpfen Sie auf Berlin.

(Tobias Reiß (CSU): Haben wir in Bayern keine Kliniken?)

Ich kann Ihnen Ihre Ängste aber nehmen; denn noch laufen die Beratungen zur Krankenhausreform. Kein Gesetz wurde beschlossen. Niemand stellt Sie vor vollendete Tatsachen.

Bayern ist an den Beratungen beteiligt. Nachdem Sie das ja wissen, verstehe ich auch nicht, warum Sie diesen Antrag heute hier einbringen, anstatt mit Ihrem Koalitionskollegen, unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek, zu sprechen. Schließlich ist der Freistaat in die Beratungsgespräche zur Krankenhausreform selbstverständlich einbezogen und an ihnen beteiligt. Bringen Sie Ihre Ideen doch ein, statt hier an falscher Stelle Stimmung gegen eine Reform zu machen, die wir so dringend brauchen.

Vielleicht hätte Ihnen Ihr Regierungspartner aber auch sagen können, dass BG-Krankenhäuser – Stand heute – im Reformprozess natürlich mitbedacht werden. Auch sie werden mit der Vorhaltevergütung versehen. Das gilt übrigens – nur der Vollständigkeit halber – auch für Bundeswehrkrankenhäuser.

Ich hoffe inständig, dass sich Bayerns Regierung konstruktiv am Reformprozess beteiligt, denn das sind Sie nicht nur den Pflegekräften schuldig, sondern auch den Ärztinnen, den MFAs, den Hebammen und allen Menschen, die im Gesundheitssektor tätig sind. Sie sind es natürlich auch den Patient*innen schuldig, die eine sichere und optimale Versorgung verdienen.

Der heutige Zustand unserer Krankenhäuser hat seine Wurzeln in den jahrzehntelangen Versäumnissen und Blockaden der CSU. Ich möchte Sie daran erinnern, dass sowohl für die Krankenhausplanung als auch für die Investitionskosten bei den Krankenhäusern der Freistaat zuständig ist. Würde sich der Bund nicht um die Reform bemühen, wäre das Sterben unserer Krankenhäuser, insbesondere der kleinen Krankenhäuser und Kliniken auf dem Land, vorprogrammiert.

Jetzt kommt es auf die Mitarbeit der Länder an. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Frau Kollegin. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung von eben bekannt: Zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Für eine echte Nationale Sicherheitsstrategie, die mehr Sicherheit für Deutschland und Bayern bringt" auf Drucksache 18/29505 haben 95 Abgeordnete mit Ja gestimmt. Mit Nein haben 45 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Antrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich erteile jetzt dem Kollegen Harald Kühn für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Harald Kühn (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, dass es eine Krankenhausreform braucht. Es ist auch richtig, dass das diagnosebezogene Fallgruppensystem grundsätzlich verändert werden muss. Interessant: Herr Lauterbach hat das seinerzeit ja maßgeblich miteingeführt.

Die Art und Weise, wie das vor einigen Monaten gestartet wurde, hat aber schon zu massiver Verunsicherung geführt. Es gibt also noch erheblichen Korrektur- und Klärungsbedarf, etwa bei der notwendigen finanziellen Ausstattung der Kliniken, bei den verschiedenen Levels, den Länderöffnungsklauseln und beim Status von Fachkliniken.

Es ist deshalb sehr gut, dass unser Gesundheitsminister Klaus Holetschek ganz klar an der Seite der bayerischen Kliniken steht. Deren Interessen müssen in angemessener Form berücksichtigt werden.

Mehr als 400 Häuser, davon 6 Universitätskliniken, gewährleisten in Bayern die akuts-tationäre Versorgung von gesetzlich Versicherten. Die Krankenhäuser verfügen über mehr als 73.000 stationäre und 4.000 teilstationäre Betten. 60 % der Häuser sind in öffentlicher Hand, die anderen bei freigemeinnützigen oder privaten Trägern.

In Bayern gibt es 2 von bundesweit 13 berufsgenossenschaftlichen Kliniken. Heute geht es schwerpunktmäßig um die Betrachtung der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik in Murnau, die 340 GKV-Betten und 220 BG-Betten hat. Die BG Murnau verfügt über einen herausragenden Ruf, vor allem im Bereich der Unfallmedizin, und hat mit ihren über 2.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch strukturpolitisch eine große Bedeutung.

Vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung angekündigten Krankenhausreform habe ich mich damals sofort an Bundesminister Lauterbach und an Staatsminister Klaus Holetschek mit der Bitte gewandt, alles zu tun, um mögliche negative Folgen für die bayerische Krankenhausversorgung, insbesondere auch in den Landkreisen Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen, zu verhindern.

Staatsminister Holetschek hat sich von Anfang an mit großem Nachdruck sowohl hinsichtlich der Gesamthematik als auch in diesem speziellen Fall im Sinne unserer Krankenhäuser engagiert. Ich habe in diesem Zusammenhang auch auf die positive Besonderheit der seit 2007 bestehenden Kooperation zwischen dem Klinikum Garmisch-Partenkirchen und der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Murnau mit der ausdrücklichen Bitte hingewiesen, diese Form der Zusammenarbeit auch in Zukunft zu ermöglichen und hinsichtlich der weiteren Finanzierung sachgerecht zu berücksichtigen.

Diese Kooperationsvereinbarung zwischen einem kommunalen und einem berufsgenossenschaftlichen Klinikum ist auch ein wichtiger Eckpfeiler für die dortigen Gesundheitsregionen. Ich bin seit vielen Jahren im Austausch mit den Verantwortlichen der BG. Nach Bekanntgabe der Reformankündigung sind wir natürlich sofort mit der Geschäftsführung in Kontakt getreten. Von dort ist ein Hilferuf erfolgt. Ich zitiere die Geschäftsführerin der Unfallklinik Murnau zum damaligen Zeitpunkt.

(Ruth Waldmann (SPD): Zum damaligen Zeitpunkt!)

"Wenn die Reform so umgesetzt wird, dann ist das unser Todesurteil." – Nicht meine Worte; ich gebe sie nur wieder.

Meine Damen und Herren, ich sage: So weit darf es nicht kommen. Die Krankenhäuser sind eine tragende Säule der Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen Bayerns. Deshalb bedarf es im weiteren Prozess der Krankenhausreform noch größerer Korrekturen.

Dieses spezielle Haus – das ist nicht Lokalpatriotismus; es ist halt zufällig so, dass wir in Bayern nicht mehr derartige BG-Häuser haben – befindet sich auf internationalem Niveau. Deshalb muss alles getan werden, damit dieses Haus nicht in größere Probleme kommt. Bislang waren die BG-Kliniken höchstens am Rande – so Auskunft unseres Ministeriums – Gegenstand der aktuellen Erörterungen und Pläne des Bundesgesundheitsministeriums für die Krankenhausreform.

(Ruth Waldmann (SPD): Stimmt nicht!)

Wir verlangen, dass berufsgenossenschaftliche Kliniken entsprechend ihren hoch spezialisierten und qualifizierten Leistungen im Rahmen der Krankenhausreform berücksichtigt werden.

Nachdem dieser Antrag der FREIEN WÄHLER unsere bisherigen Aktivitäten in dieser wichtigen Angelegenheit unterstützt, stimmen wir ihm zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Roland Magerl für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Roland Magerl (AfD): Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Sie wollen die berufsgenossenschaftlichen Kliniken als Anbieter von Spitzenmedizin erhalten. Dieser Titel für den Dringlichkeitsantrag hat definitiv Charme. Trotzdem bin ich ein bisschen enttäuscht, und zwar über die Qualität des Restes des Dringlichkeitsantrags. Gerade mal fünf Sätze fallen Ihnen zu dem wichtigen Thema ein. Und nicht ein Satz beinhaltet auch nur ansatzweise einen Lösungsvorschlag. Die berufsgenossenschaftlichen Kliniken in Bayern sind zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Gesundheitswesens geworden, und zwar genauso wie die restlichen 99,5 % der Kliniken, die noch übrig sind. Die wurden in dem Dringlichkeitsantrag vergessen.

Das grundlegende Problem haben Sie nicht mal ansatzweise verstanden. Erst diesen Montag war in den Oberpfälzer Medien die dramatische Lage der deutschen Krankenhäuser Thema. Ich zitiere mal aus dem "ONetz":

"Deutliche wirtschaftliche Schwierigkeiten": Weidener Klinikchef schlägt Alarm. Die Lage der deutschen Krankenhäuser ist dramatisch. Auch in der Oberpfalz ist das so, auch bei den Kliniken Nordoberpfalz AG, wie deren Vorstand erklärt. Man habe zu wenig Geld und zu wenig Fachkräfte. Ganze Stationen sind gesperrt.

Gleiches gilt für Amberg, St. Marien. Die melden ebenfalls tiefrote Zahlen, wegen derer die Kommune dieses Jahr mit 15 Millionen Euro einspringen muss.

Wenn Sie nur die berufsgenossenschaftlichen Kliniken unterstützen wollen – sollen dann die anderen Kliniken wie zum Beispiel die Kliniken Nordoberpfalz AG leer ausgehen? – Ich hoffe mal nicht. Ich bin gespannt, wie Sie das den Wählerinnen und Wählern in der Oberpfalz beibringen wollen. Es braucht dringend ganzheitliche Reformen, um weiteren Schaden in der Patientenversorgung abzuwenden. Egal ob Ampelkoalition auf Bundesebene oder CSU und FREIE WÄHLER auf Landesebene: Ihr seid alle in Regierungsverantwortung.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sie zum Glück nicht!)

Ihr habt es alle selber in der Hand. Aber es passiert halt nichts – ganz im Gegenteil: Die Lage verschlimmert sich zusehends, und das Monat für Monat. Können Sie es nicht, oder wollen Sie einfach keine vernünftige Politik mehr für unser Land und unsere Leute machen? Wie soll man sich das sonst erklären? 90 % der bayerischen Krankenhäuser rechnen dieses Jahr mit einem Defizit. Man befürchtet für das gesamte Bundesgebiet, dass 400 Krankenhäuser vom Markt gehen.

An der Verschlechterung der Situation der Krankenhäuser waren doch Sie alle, die scheindemokratischen Parteien, selbst beteiligt. Beispiele gibt es genügend: das DRG-System, unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen, Impfzwang für das Pflegepersonal – daher die Probleme mit dem Pflegemangel –, eine unkontrollierte, unaufhaltsame Zuwanderung in unser Sozial- und unser Gesundheitssystem, die x Millionen verschlingt, und vieles mehr. Und jetzt, wo die Hütte brennt, kommen Sie mit löchrigen Eimern daher und wollen den Brand löschen.

(Beifall bei der AfD)

Es wäre genügend Geld vorhanden. Nur die Prioritätensetzung ist momentan einfach vollkommen falsch.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wir würden uns schämen, wenn wir einen solchen Gesundheitspolitiker hätten!)

Liebe FREIE WÄHLER, Sie selbst sind doch in der Staatsregierung vertreten. Dann setzen Sie sich auch für die Erhaltung von den Kliniken ein, und zwar nicht nur für auserwählte Kliniken, sondern für alle, weil wir sie brauchen. Die bayerische Bevölkerung braucht sie.

Dem Dringlichkeitsantrag stimmen wir trotzdem zu, weil es ein erster Schritt in die richtige Richtung ist – aber halt nur ein erster Schritt.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage es jetzt noch einmal für alle und zum Mitsprechen: Krankenhausplanung ist Ländersache.

(Die SPD-Fraktion spricht den letzten Satz synchron zur Rednerin mit)

– Sehen Sie? Die SPD kennt sich wirklich aus.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist doch lächerlich! Lauterbach-Murks ist es!)

Im Ernst: Das ist wirklich peinlich, was die FREIEN WÄHLER hier abliefern.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Es hätte ein wenig flüssiger gehen müssen!)

Sie sind Teil dieser Staatsregierung und sind damit für die Krankenhausplanung in Bayern selber zuständig. Sie sind auch dafür verantwortlich, dass Bayern bei der Krankenhausreform endlich eine konstruktive Rolle spielt und seinen Beitrag leistet. Stattdessen dokumentieren Sie hier, dass Sie mit der Materie nicht vertraut sind und den Sachstand nicht kennen. Die von den FREIEN WÄHLERN und der CSU getragene Staatsregierung ist Woche für Woche mit allen Fachbereichen an der Reform, an deren Entwicklung beteiligt.

Selbstverständlich wurde und wird in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe neben den Fachkliniken übrigens auch über die Bundeswehrkrankenhäuser und über die berufsgenossenschaftlichen Kliniken gesprochen. Alle besonderen Arten von Krankenhäusern werden mit ihren jeweiligen Besonderheiten berücksichtigt. Die berufsgenossenschaftlichen Kliniken haben ihren speziellen Versorgungsauftrag, zum Beispiel eben bei der Behandlung von Unfallverletzten oder bei der Behandlung von schwer Brandverletzten, und dort einen ganz besonderen Stellenwert. Sie stehen hier gesetzlich und privat Versicherten offen, gehören also dazu und sind auch Teil des bayerischen

Krankenhausplans. Dass die FREIEN WÄHLER heute hier behaupten, über die berufsgenossenschaftlichen Kliniken sei bisher nicht gesprochen worden, sie seien nicht Gegenstand der Krankenhausreform, ist schlicht und ergreifend Quatsch.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP)

Entweder enthält Ihnen Ihr eigenes Ministerium hier Informationen vor oder Sie haben sich noch nicht mal nach dem Sachstand erkundigt, bevor Sie einen solchen Dringlichkeitsantrag inszeniert haben. Ich weiß gar nicht, was peinlicher ist. Auf jeden Fall ist es eigentlich eine Unverschämtheit und vor allem politisch unverantwortlich, gegen die dringend nötige Krankenhausreform, deren Inhalte Sie offensichtlich gar nicht wirklich kennen, nur zu stänkern und diese zu torpedieren. Machen Sie Ihre Aufgaben! Denn ohne diese Reform machen erst recht viele Kliniken schlapp. Sie erweisen ihnen einen Bärendienst, wenn Sie immer nur alles torpedieren, die Reform sich noch weiter hinauszögert und Sie hier Falschbehauptungen aufstellen. Hilferufe und Alarmrufe aus Kliniken haben Sie erreicht, von Menschen, die sich Sorgen machen, übrigens meistens deswegen, weil Sie sie aufgewiegelt haben und gesagt haben, da kommt ganz was Schreckliches, wir werden alle vergessen und alle Kliniken machen zu.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): So ein Quatsch! Also, unverschämt!)

Sie haben Alarmrufe erhalten, Sie haben Hilferufe erhalten. Die wollten aber Hilfe von Ihnen – nicht dass Sie bloß weiter Alarm rufen, sondern dass Sie Ihre Aufgaben machen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Warum schreien sie denn um Hilfe, wenn alles gut ist in Berlin?)

Die Krankenhausreform ist ein gemeinsames Gesetzesprojekt von Bund und Ländern. Das wird ein gemeinsames Gesetz von Bund und Ländern. Die Länder und auch Bayern sind von Anfang an schon an der Entwicklung des Referentenentwurfs für die Re-

form beteiligt. Sie müssen jetzt genau sagen, was es wo in Bayern braucht. Das ist Ihre Aufgabe; denn Krankenhausplanung ist und bleibt Ländersache.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Es steht ja im Antrag drin, oder?)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich wollte Sie vorher nicht extra unterbrechen. Aber für die Zukunft möchte ich schon festhalten, dass Sprechchöre, um Ihren Gedanken Nachdruck zu verleihen, dem Haus nicht angemessen sind. Nur dass es für die Zukunft feststeht.

(Tobias Reiß (CSU): Aber der SPD! Genau das Niveau! Das heißt "Triumph der Verzweiflung"! – Ruth Waldmann (SPD): Das war jetzt wirklich peinlich!)

Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor, und zwar von der Kollegin Susann Enders, FREIE WÄHLER, der ich hiermit das Wort erteile.

(Tobias Reiß (CSU): Beleidigt wie im Kindergarten!)

– Herr Kollege Reiß, bitte! Frau Enders hat das Wort.

(Ruth Waldmann (SPD): Das war wirklich peinlich!)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ich muss mich schon sehr wundern, wenn hier kindergartenähnliche Sprechchöre so ein ernstes Thema begleiten. Ich kann zwar durchaus nachvollziehen, dass Sie Ihren Bundesgesundheitsminister aktiv in Schutz nehmen, der nachweislich für die Schließung verschiedenster Kliniken in ganz Deutschland zuständig und verantwortlich ist. Allerdings kann ich nicht begreifen, wieso Sie unseren Antrag für überflüssig erachten, wenn doch erst im vergangenen Gesundheitsausschuss hochrangige Vertreter der Krankenhäuser in Bayern genau auf meine Frage, ob sie die BG-Kliniken in der aktuellen Krankenhausreform als vorhanden sehen, überhaupt abgebildet sehen, ein verzweifertes Nein gesagt haben. Daher sage ich, liebe Kollegin Waldmann: Einfach aufwachen und nicht nur schönreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Kollegin, es wird ja immer bunter. In unserer Ausschusssitzung am Dienstag war kein Vertreter der Krankenhäuser anwesend. Es waren die Krankenkassen da. Das ist etwas ganz anderes, und es ging auch um etwas ganz anderes. Das ist ja wirklich langsam etwas seltsam.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Enders (FREIE WÄHLER))

In der Bund-Länder-Arbeitsgruppe am 23. Mai wurden genau die Belange der berufsgenossenschaftlichen Kliniken besprochen, zu denen Sie jetzt hier, einen Monat später, mit einem Antrag kommen und behaupten, sie wären bei dieser Reform vergessen oder vernachlässigt worden. Das ist einfach Unsinn. Sie stellen die Staatsregierung. Ihr Ministerium ist an den Verhandlungen beteiligt. Da gehört das auch hin.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf der Ehrentribüne darf ich jetzt Gäste von Frau Staatssekretärin Anna Stolz ganz herzlich willkommen heißen. Aus der internationalen Schulfamilie begrüße ich die Kultusministerin von Albanien, Frau Evis Kushi, mit ihrer Delegation aus Albanien. Herzlich willkommen in Bayern und hier im Bayerischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Begrüßen darf ich auch ganz herzlich den Generalkonsul von Albanien, Herrn Arten Hanku,

(Allgemeiner Beifall)

sowie den Honorarkonsul von Albanien, Herrn Dr. Markus Schuhmann, mit der gesamten Delegation. Seien Sie uns hier ganz herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer für die FDP-Fraktion. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die Stillstandskoalition in Bayern spiegelt sich in der mehr als überschaubaren Qualität dieses Antrags wider. Ich bin auch nicht überrascht, dass der Antrag von den FREIEN WÄHLERN allein eingebracht wurde.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Nach den zurückliegenden Ereignissen mit Minister Aiwanger und angesichts der Qualität der Arbeit der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag sollte sich die CSU im Bayerischen Landtag schon einmal Gedanken über die zukünftigen Koalitionspartner machen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Frau Enders, haben Sie noch Austausch mit Gesundheitsminister Holetschek und der CSU? – Wohl nicht. Sonst hätten Sie diesen Antrag nämlich nicht gestellt.

Die BG Klinik in Bad Reichenhall ist auf Lungen-, Atemwegs- und Hauterkrankungen sowie auf Psychotraumatologie spezialisiert. Die BG Unfallklinik in Murnau – darauf komme ich nachher noch mal zu sprechen – mit den Fachrichtungen Orthopädie, Unfallchirurgie, Neurochirurgie sowie Radiologie leistet exzellente Arbeit, und das in extrem guter Qualität. Auch aus eigener Erfahrung kann ich darüber berichten. Die BG Kliniken versorgen Arbeits- und Wegeunfälle sowie Berufskrankheiten. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung, insbesondere in der Unfall- und Notfallversorgung. BG Kliniken haben im gesundheitlichen Versorgungssystem eine

Sonderrolle: Sie werden im Rahmen der Krankenhausreform wie Fachkliniken berücksichtigt.

(Ruth Waldmann (SPD): So ist es!)

In Ihrem Antrag sorgen Sie nur für Verunsicherung in den BG Kliniken.

Frau Enders, Murnau und die BG Klinik Murnau liegen in Ihrem Stimmkreis – ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Vielleicht ist das die Motivation für Ihren Antrag, den wir ablehnen.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/29507 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit angenommen.